

A n t r a g

des

GESUNDHEITS-AUSSCHUSSES

über den Antrag gem. § 34 LGO 2001 der Abgeordneten Lembacher, Kernstock, Adensamer, Sacher, Dipl.-Ing. Eigner, Mag. Stiowicek, Hofmayer, Maier und Mag. Wilfing betreffend Forderungen des Jugendkongresses vom 29. November 2006 an den Landtag von Niederösterreich.

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

- „1. Der Herr Präsident des NÖ Landtages wird ersucht, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Jugendkongresses über diesen Beschluss des Landtages und über die zu ihren Forderungen von der Landesregierung getroffenen Maßnahmen in geeigneter Weise zu informieren.
2. Eine Vielzahl der Forderungen der Jugendlichen liegen im Aufgabenbereich des Amtes der NÖ Landesregierung und dessen Abteilungen, der niederösterreichischen Gemeinden sowie im Umfang der Serviceleistungen der Fachstelle für Suchtvorbeugung, Koordination und Beratung, des Landesschulrates für NÖ und seiner Fachabteilungen sowie der Jugendinfo NÖ. Die Landesregierung wird ersucht, bei den verantwortlichen Stellen darauf zu drängen, dass die Zielgruppen in geeigneter Art und Form angesprochen werden, so über die Angebote und Serviceleistungen zu informieren und diese bedarfsorientiert und im Hinblick auf die Forderungen des Jugendkongresses auszubauen.
3. Die Landesregierung wird ersucht, beim Bund darauf zu drängen, dass die Forderungen der Jugendlichen
 - a) nach mehr Sport und Bewegung in der Schule
 - b) nach vielfältiger Mitsprache der SchülerInnen bei der Themenauswahl bei Sportarten
 - c) das Angebot der Schulpsychologie zu verstärken umgesetzt werden.
4. Der NÖ Landtag bekennt sich zu den im Regierungsübereinkommen vorgesehenen demokratiepolitischen Verbesserungen des Wahlrechtes – Wählen mit 16 und Briefwahl.

Die Landesregierung möge den Landesschulrat ersuchen, im Rahmen der Politischen Bildung junge Menschen verstärkt über die Bedeutung des Wahlrechts zu informieren.

5. Die Landesregierung wird ersucht, die Forderung nach mehr Mitspracherecht der Jugendlichen bei der Schaffung von Sport- und Freizeiteinrichtungen, welche mit einer finanziellen Förderung des Landes NÖ gekoppelt sind, (Einbindung von jungen Menschen bei der Planung und Durchführung) zu prüfen.
6. Die Landesregierung wird ersucht, Maßnahmen zur Förderung des Angebotes von gesunder Ernährung und entsprechende Kampagnen im schulischen Bereich aktiv zu unterstützen.
7. Die Landesregierung wird ersucht, die Gemeinden auf die Notwendigkeit, die Kostensätze für die Nachmittagsbetreuung im Pflichtschulbereich sozial zu staffeln, verstärkt hinzuweisen.
8. Die Vorlage an den Landtag Ltg.-764/E-1/12-2006 betreffend Forderungen des Jugendkongresses vom 29. November 2006 an den Landtag von Niederösterreich, wird durch diesen Antrag der Abgeordneten Lembacher, Kernstock u. a. gemäß § 34 LGO 2001 erledigt.“

HILLER
Berichterstatter

KERNSTOCK
Obmann